

3199/J XX.GP

der Abgeordneten Gredler, Partnerinnen und Partner
an den Bundesminister auswärtige Angelegenheiten
betreffend inhaltliche Vorbereitung der EU-Präsidentschaft 1998
Österreich wird im zweiten Halbjahr 1998 den EU-Rats-Vorsitz innehaben. Die Vorbereitungen darauf scheinen aber nur auf organisatorischer Ebene halbwegs zu funktionieren. Viel wichtiger als Kulturprogramme und Heurigenabende, die Sponsoren der Dienstwagenflotte und der Buffets oder die Frage, welcher EU-Rat in welchem Bundesland stattfinden wird, ist die inhaltliche Vorbereitung auf den EU-Vorsitz. Es geht dabei nicht darum, besondere Initiativen zu setzen oder die EU zu „verösterreichern“, wie dies von einer Partei im Wahlkampf 1996 gefordert wurde, da dies nur zu einer Blockade durch die anderen Mitgliedsländer führen würde, sondern darum, inhaltliche Zielsetzungen im gesamteuropäischen Interesse zu formulieren, Schwerpunkte zu erarbeiten und den Diskussionsprozeß kompetent zu leiten. Dabei liegen die entscheidenden Themen für die Zukunft der EU, die gerade 1998 besonders virulent werden, schon lange auf dem Tisch. Die Bundesregierung hat allerdings noch überhaupt keine Unterlage vorgelegt, wie sie sich die inhaltliche Gestaltung und Prioritätensetzung der EU-Präsidentschaft vorstellt, sieht man von der Aufzählung der Überschriften von der EU-Osterweiterung über die Währungsunion bis zu Menschenrechten und Entwicklungspolitik ab. Die Reputation Österreichs und auch eine vernünftige Weiterentwicklung der EU hängt jedoch nicht von der erfolgreichen Durchführung des Rahmenprogramms zu den 40 Ratstagungen und 2200 Sitzungen auf Expertenebene, sondern von einer geschickten Verhandlungsführung auf einer festen inhaltlichen Basis ab. Da es für die Erstellung eines Programmes für den EU-Vorsitz höchste Zeit ist, stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten:

1. Aus welchem Grund wurde bisher noch keine inhaltliche Konzeption für die Gestaltung des EU-Vorsitzes Österreichs schriftlich vorgelegt, geschweige denn dem Parlament zugeleitet?
2. Soll die von der EU-Kommission vorgeschlagene „Agenda 2000“ für eine stärkere und erweiterte Union umgesetzt werden? Wenn ja, wie? Wenn nein, wie lautet Ihr Alternativkonzept?
3. Wie soll die EU-Regional- und Agrarförderung nach Auslaufen der derzeitigen Programme im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds im Jahre 1999 gestaltet werden?

4. Auch der EU-Budgetplan läuft 1999 aus. Wie soll aus Ihrer Sicht die EU danach finanziert werden? Sind Sie schon in Verhandlungen für eine gemeinsame Position mit anderen Ländern?
5. Welche Vorschläge werden Sie für die Verhandlungen mit den von der EU-Kommission akzeptierten Beitrittswerber vorlegen? In welchen Bereichen (Binnenmarkt, Landwirtschaft, Umweltstandards, Sozialstandards, Arbeitsmarkt, Personenfreizügigkeit) werden Sie welchen Ländern welche Übergangsfristen vorschlagen?
6. Welchen Finanzierungsrahmen stellen Sie sich für die Osterweiterung vor?
7. Welche Ideen werden Sie einbringen, um europaweit Vertrauen in die neu zu schaffende Währung zu schaffen?
8. Welche Vorschläge werden Sie in Zusammenhang mit der Umsetzung der Währungsunion zur Gründung der Europäischen Zentralbank machen?
9. Nach dem Scheitern der Institutionenreform im Rahmen des Vertrages von Amsterdam wird ein neuer Anlauf zur Neustrukturierung der Macht- und Aufgabenverteilung zwischen EK, ER und EP notwendig sein, um die Osterweiterung zu ermöglichen. Welche Vorschläge werden Sie dazu einbringen?
10. Wenn Sie vor die Alternative gestellt werden: werden Sie sich eher dafür einsetzen, das Stimmgewicht Österreichs im Rat oder das österreichische kommissionsmitglied zu erhalten?
11. Welche konkreten Initiativen werden Sie für das zweite Halbjahr 1998 setzen, um mehr Beschäftigung in der EU zu schaffen?
12. Welchen Beitrag werden Sie dazu einbringen, die Steuerharmonisierung in Europa voranzutreiben, was ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung neuer Jobs wäre? Wie sieht Ihre Position im speziellen zu einer Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung (besonders Beseitigung von Doppelbesteuerungen bei grenzüberschreitender Wirtschaftstätigkeit) und zu einem gemeinsamen Mehrwertsteuersystem aus?
13. Welche Position beziehen Sie zur Einführung bzw. Harmonisierung von europaweiten Energiesteuern und einer ökologischen Steuerreform? Werden Sie sich für die Einführung einer CO₂-Steuer einsetzen? Wenn nein, warum nicht?
14. Die Übergangsfristen für höhere österreichische Umweltstandards in einigen Bereichen werden auslaufen bzw. einer Überprüfung unterzogen werden. Was werden Sie tun, damit diese in ganz Europa eingeführt werden können bzw. Umweltstandards harmonisiert werden? Welche Vorschläge werden Sie im speziellen für ein europaweites Umwelthaftungsrecht machen?
15. Im zweiten Halbjahr 1998 wird wahrscheinlich über die finanzielle Mittelausstattung des 5. Rahmenprogramms „Forschung und technologische Entwicklung“ eine Entscheidung zu treffen sein. Welche Aufstockung der Mittel können Sie sich vorstellen bzw. welche veränderte Prioritätensetzung verlangen Sie?

16. werden auch die europäischen Bildungs- und Mobilitätsprogramme (Leonardo, Socrates) auslaufen. Welche Vorschläge werden Sie zu deren Neugestaltung einbringen, insbesondere betreffend das berufsbildende Schulwesen und die Kooperation zwischen Bildung und Wirtschaft?
17. Welche Verbesserungsvorschläge in Richtung größerer Effizienz und einfacher Handhabung werden Sie im Bereich des EU -Wettbewerbsrechts einbringen?
18. Welche Initiativen planen Sie 1998 zum Schutz des geistigen Eigentums?
19. Welche Vorschläge werden Sie für die Zukunft der Westeuropäischen Union einbringen. Soll sie der Angelpunkt der künftigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität werden? Wenn nein, warum nicht?
20. Soll Österreich spätestens anlässlich der Übernahme des EU-Vorsitzes der WEU als verteidigungspolitischen Arm der EU beitreten, um wenigstens zu diesem Zeitpunkt in allen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen ein vollständiges Mitbestimmungsrecht zu erlangen. Wenn nein, warum nicht?
21. Welchen konkreten Niederschlag sollen die von Ihnen und Staatssekretärin Ferrero-Waldner angekündigten Initiativen im Bereich der Menschenrechte finden?
22. Wie soll die zukünftige europäische Entwicklungspolitik (Stichwort: Lomé V-Abkommen) aussehen?
23. Im Vertrag von Amsterdam wurden zwar grundsätzlich einige Schritte zur Harmonisierung der Zuwanderungs- und Asylpolitik sowie der Kriminalitätsbekämpfung gesetzt, die konkrete Umsetzung liegt jedoch bei den Mitgliedsstaaten? Welche Vorschläge werden sie machen, damit die Harmonisierung in diesem Bereich zwar vorangetrieben, jedoch keine „Festung Europa“ geschaffen wird?
24. Die justizielle Zusammenarbeit ist einer der noch am wenigsten vergemeinschafteten Bereiche der EU. Welche Ideen werden Sie bezüglich eines Ausbaues der Zusammenarbeit der Justiz- und Polizeibehörden, der erweiterten Amtshilfe und der Anerkennung von Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen einbringen, ohne den Datenschutz weiter zu beeinträchtigen?
25. Welche(s) der oben angeführten Themenbereiche wird den Schwerpunkt des EU-Vorsitzes Österreichs bilden und warum?